Nr. 34. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 20. Januar 1899.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Die Vorgänge in Frankreich.

Im französischen Senat interpellirte gestern Chamaillard von der Rechten wegen der Verzögerung, welche in der Aburtheilung Picquarts eingetreten sei, wirft dem Kassationshofe vor, daß er Parteilichkeit für Picquart gezeigt habe, und fordert den Justizminister auf, den Kassationshof zu veranlassen, die Sache mit größerer Beschleunigung zur Entscheidung zu bringen. Girard verlangt, man solle die Justiz ihr Werk ruhig fortsetzen lassen und den Beleidigungen des Richterstandes steuern. Delaunay von der Rechten giebt unter vielen Unterbrechungen seitens des Hauses eine ausführliche Darlegung des Zwischenfalles, den Beaurepaire veranlaßt hat, und greift den Kassationshof an. Redner spricht im weiteren Verlaufe seiner Rede von der Revisionskampagne, sagt, die „Intellektuellen", die Kommunarden und die Panamisten hätten eine Allianz geschlossen, und fordert die Regierung schließlich auf, sich energisch zu zeigen. Giraud spricht in beschwichtigendem Sinne. Justizminister Lebret betont die Nothwendigkeit, das Prinzip der Trennung der Gewalten aufrechtzuhalten, und sagt, ein Eingreifen der Regierung könnte nur die Unruhe der Lage vermehren. Der Kassationshof habe in den verschiedenen Phasen der Angelegenheit nichts verzögert, und man müsse in Ruhe seinen Urtheilsspruch abwarten. Er, der Minister, glaube, daß Quesnay de Beaurepaire seinen Abschied genommen habe, weil er glaubte, daß man ihm nicht genug Willfährigkeit bewiesen habe. Er, Lebret, habe an Beaurepaire geschrieben und denselben ersucht, sein Verhalten näher zu erklären, Beaurepaire habe dies aber abgelehnt. Er habe deshalb nichts anderes thun können, als die Demission Beaurepaires anzunehmen, denn eine energischere Maßregel hätte nur die Agitation vermehren können. Der Minister schließt, man müsse zu Ende kommen und die Trennung der Gewalten respektiren. (Beifall.) Leydet bringt hierauf eine Tagesordnung ein, in welcher die Erklärungen der Regierung gebilligt werden und Achtung vor dem Prinzip der Trennung der Gewalten ausgesprochen wird. Diese Tagesordnung, welche Lebret acceptirt, wird mit 212 gegen 28 Stimmen angenommen und die Sitzung geschlossen.

Aus dem Reiche.

Die **kaiserlichen Prinzen** begeben sich am 26. d. Mts. zur Feier des Geburtstages des Kaisers von Plön nach Berlin und kehren am 30. d. Mts. von hier nach Plön zurück. — Der Präsident des Landgerichts zu Beuthen i. O.-S., **Dr. Wyszomirski,** ist zum Reichsgerichtsrath ernannt worden. — Die Offiziersdeputation des **Kaiser Franz-Regiments** begiebt sich am 21. d. Mts. von Wien nach Pest und von da nach Kaschau, um dem Infanterie-Regiment Wilhelm I. einen Besuch abzustatten. Die Deputation wohnte auch dem Leichenbegängnisse des Herrenhausmitgliedes, Oberstleutnants Fürsten Karl Liechtenstein bei. Beim Festmahl in der Hofburg zu Ehren der Abordnung des preußischen Kaiser Franz-Regiments betonte der Kaiser in einem Trinkspruche, daß er seinem treuen Freunde, dem deutschen Kaiser, durch unverbrüchliche Bündnißtreue verbunden sei. — Der **Provinziallandtag für Ostpreußen** ist zum 24. Februar nach Königsberg, der **für Westpreußen** zum 14. März nach Danzig berufen worden. — Krakauer Blätter berichten von neuerlichen **Ausweisungen österreichischer Polen aus Deutschland.** — In Lübeck sind bei der Vorstandswahl der **Schuhmacherinnung,** welche nach der Umwandlung in eine Zwangsinnung stattfand, größtentheils **Sozialisten** gewählt worden. Bisher hatten Konservative und Antisemiten die Führung der Innung. — Nach der „Frkf. Ztg." ist die Stadt Frankfurt geneigt, die **Mainzölle vom Staat zu pachten.** Da nun von den Interessenten, wie aus einem Rundschreiben der Handelskammer hervorgeht, das Zustandekommen einer derartigen Pacht als äußerst wünschenswerth bezeichnet wurde, weil es der Stadt möglich sei, die Abgabe ohne unnütze Behelligungen und Schädigungen des Verkehrs durchzuführen, so hat die Handelskammer eine Versammlung aller Interessenten einberufen und eine Verständigung erzielt, wonach die Interessenten auf die Dauer der Pacht zu einem gewissen Beitrag sich verpflichten, wenn die Abgaben die Pachtsumme nicht erreichen. Ein Fehlbetrag bis zur Höhe von zwanzig Prozent der Pachtsumme wird prozentual auf die Gesamtsumme aller Garantiezeichnungen vertheilt. Die Garantiezeichnung geschieht in der Voraussetzung, daß die Stadt, falls sie einen Ueberschuß über die Pachtsumme erzielt, diese in einen Reservefonds einlegt, der in Fehljahren zunächst herangezogen wird. — In Metz hat sich ein Wahlverein gebildet zur Vorbereitung der Reichstags-, Bezirkstags- und **Gemeinderathswahlen in deutsch-nationalem Sinne** und zur Förderung des Interesses an den städtischen Angelegenheiten „unter Fortlassung aller Bestrebungen, die eine konfessionelle oder parteipolitische Färbung tragen". Der neue Verein hat sich zur Aufgabe gestellt, in allen Fällen die deutsche Sache zu vertreten.

Deutschland.

Berlin, 20. Januar. Die russische Zeitungspresse ist neuerdings in einem Punkte äußerst empfindlich: sie wittert überall Gegnerschaft gegen den Abrüstungsantrag des Zaren, auch da, wo gar keine Veranlassung hierzu vorliegt. So hat der „Now. Wremja" die letzte Rede des Kriegsministers v. Goßler zur Militärvorlage außerordentlich mißfallen, sie hat geradezu ein Unbehagen bei ihrer Lektüre empfunden. Sie macht ihm Vorhaltungen darüber, daß er, der Kriegsminister Kaiser Wilhelms II., Anlaß nahm, die hochherzige und uneigennützige Anregung des russischen Herrschers in einen direkten Zusammenhang mit der Verstärkung des deutschen Heeres zu bringen. Wenn der preußische Kriegsminister aus dem russischen Manifeste die Gewähr für eine vieljährige Sicherheit des deutschen Reiches an seiner Ostgrenze herleite, so wäre nicht recht verständlich, warum er für nöthig halte, auseinanderzusetzen, daß ein Volk, das seine Streitkraft nicht auf der Höhe erhalte, vom Gipfel der von ihm erreichten Macht „herabsteige". Rußland habe nichts ähnliches im Sinn. Es wolle nur die allgemeine Einstellung der überaus kostspieligen Rüstungen. Da könne denn ein Staat sich nicht dem Vorwurfe aussetzen: „er erhalte seine Streitkraft nicht auf entsprechender Höhe". Die „Now. Wr." betont selbst, daß sich Kaiser Wilhelm und das Auswärtige Amt „wenigstens äußerlich" dem russischen Vorschlage gegenüber sympathisch geäußert hätten und das deutsche Reich bereit wäre, an der Konferenz theilzunehmen. Damit ließe sich aber die Rede des Kriegsministers nicht in Einklang bringen, die Verstärkung des Heeres sei eine innere Angelegenheit des deutschen Reiches, der Reichstag scheine der Vorlage ja günstig gesinnt zu sein, die Bedenken der Opposition wären nur formell, daher wäre es besser und passender gewesen, die Frage der Zweckmäßigkeit der friedensschöpferischen Absichten Rußlands bei Seite zu lassen. In der Rede des Ministers v. Goßler und in der Absicht, die Armee systematisch zu verstärken, sieht das einflußreiche russische Preßorgan eine indirekte Antwort auf die Abrüstungsvorschläge, „die nichts im Sinne einer Werthschätzung der Weltbedeutung des vom erhabenen Führer des russischen Volkes gethanenen Schrittes beweist". Sie hält den Kriegsminister nicht für zuständig, über Fragen der internationalen Politik ein Urtheil auszusprechen und Ort und Gelegenheit für unpassend. Es käme auch gar nicht darauf an, wie der General v. Goßler über das Manifest Kaiser Nikolaus' denke, sondern einzig auf das Urtheil Kaiser Wilhelms und des Reichskanzlers, daß sich aber das deutsche Reich an den bevorstehenden Berathungen über die Abrüstung nicht betheiligen werde, wäre noch nicht bekannt. Es wäre schwer verständlich, wie das russische Blatt in diesem gereizten Tone seine gewagten Folgerungen aus der Rede des Kriegsministers v. Goßler hat ziehen können, wenn nicht die schon pathologisch gewordene Empfindlichkeit gegenüber allen die Lieblingsidee des Zaren berührenden Aeußerungen genügender Erklärungsgrund wäre.

— Die preußische Staatsschuld ist in dem Etat für 1899 auf 6 505 650 595 Mark angewachsen. Da für 1899 ein neuer Zinsbedarf von 3½ Millionen ausgeworfen ist „zur Verzinsung der bis zum Schlusse des Etatsjahres 1899 noch auszugebenden Staatsschuldverschreibungen", so nimmt die „Freis. Ztg." an, daß demnächst noch für mehr als 100 Millionen neue Anleihen aufgenommen werden sollen.

— Der neue Etat nimmt eine große Anzahl von Gehaltserhöhungen für Beamte in Aussicht, womit die im Jahre 1890 begonnene allgemeine Besoldungsaufbesserung der preußischen Staatsbeamten zum Abschluß gelangt. Hierbei sind vor allem die Unterbeamten berücksichtigt. Die Erhöhungen der Besoldungen betrugen insgesamt 9 832 000 Mark, wovon 8 525 210 Mark auf die Unterbeamten entfallen. Für letztere ist außerdem noch eine Erhöhung des Stellenzulagefonds um 2 500 000 Mark in Aussicht genommen. Für die mittleren Beamten sind nur noch Besoldungsaufbesserungen um 1 300 870 Mark ausgesetzt, wobei besonders die Lootsen, Schiffsführer und einige Beamten der Bauverwaltung berücksichtigt sind. Die Förster sollen ein Höchstgehalt von 1800 (bisher 1600) Mark erhalten. Die Lokomotivführer werden ihr Höchstgehalt bereits in 15 statt wie bisher in 18 Jahren erlangen; auch bei manchen Unterbeamtenklassen wird der Zeitpunkt, an dem das Höchstgehalt erreicht wird, herabgesetzt, bei der künftigen Klasse von 1200 bis 1800 Mark allerdings auf 21 Jahre verlängert. In diese Gehaltsklasse sollen alle Beamten mit Ausnahme der Polizeiwachtmeister in den Provinzen kommen, die bisher 1200 bis 1800 Mark erhielten. Die Beamten der Gehaltsklasse von 1100 bis 1500 Mark erhalten in Zukunft 1200 bis 1600 Mark; ebensoviel sollen auch einige Beamte der Gehaltsklasse von 1000 bis 1500 Mark erreichen. Die bisherige Gehaltsklasse von 900 bis 1300 Mark kommt auf 900 bis 1500 Mark, die von 800 bis 1200 auf 900 bis 1200 Mk., die Wegewärter und Weichensteller der Eisenbahnverwaltung sogar auf 900 bis 1400 Mark. Die jetzige Klasse von 700 bis 900 Mark soll allgemein durch Erhöhung des Höchstgehalts auf 1000 Mark aufgebessert werden.

— Aus dem neuen Etat der Justizverwaltung ist Folgendes hervorzuheben: Die Einnahme, die der preußische Staat aus den Gerichtskosten und Geldstrafen erzielt, ist im neuen Etat für 1899 auf 60 890 000 Mark veranschlagt gegen 59 000 100 Mark im Jahre 1898—99, 57 300 000 Mk. im Jahre 1897—98, 55 017 000 Mark im Jahre 1896—97 und 52 555 000 Mark im Jahre 1894—95. Von Jahr zu Jahr hat also eine erhebliche Steigerung stattgefunden, die in fünf Jahren 8½ Millionen Mark und in zwei Jahren 3½ Millionen beträgt. Die Anschlagssumme, die für jedes Jahr nach dem Durchschnitt der letzten beiden Jahre, für die die thatsächliche Einnahme an Kosten 2c. bereits feststeht, berechnet wird, bleibt bei der besonders auf das neue preußische Gerichtskostengesetz zurückzuführenden steten Steigerung der Einnahmen hinter den wirklichen Einnahmen von Jahr zu Jahr erheblich zurück. Es sind nämlich thatsächlich vereinnahmt 1894/95 56 381 409 Mk. oder 3,8 Millionen mehr, als veranschlagt waren, 1895/96 58 219 249 Mark oder 4,5 Millionen mehr, 1896/97 60 163 107 Mark oder 5,1 Millionen mehr und 1897/98 61 442 277 Mark oder 4,1 Millionen Mark mehr, als veranschlagt waren. Die gesamten Einnahmen der Justizverwaltung sind für 1899 auf 71 117 200 Mark veranschlagt gegen 68 018 500 Mark im Vorjahre, also auf über 3 Millionen Mark mehr, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß jetzt die ganze Einnahme aus der Beschäftigung der Gefangenen in die Etatseinnahme eingestellt ist, während bisher nur der Arbeitsverdienst, so weit er der Staatskasse verbleibt, sich in der Einnahme vorfand; der betreffende Einnahmeposten ist hierdurch um etwa 1⅓ Millionen Mark erhöht. Die Ausgaben der Justizverwaltung sind für das nächste Etatsjahr auf 112 127 000 Mk. veranschlagt gegen 109 406 300 im Vorjahr, also um 2 720 700 Mark mehr, woraus sich ergiebt, daß die Steigerung der Ausgaben um 378 000 Mark hinter der Steigerung der Einnahmen zurückgeblieben ist. Die Justizverwaltung erfordert einen Zuschuß von rund 41 Millionen Mark, da die Einnahmen um diesen Betrag hinter den Ausgaben zurückstehen. An der Steigerung gegen das Vorjahr sind die dauernden Ausgaben mit 2 612 000 Mark betheiligt. An dieser Zunahme sind die Ausgaben für die neuen Richterstellen mit etwa 300 000 Mark betheiligt, die sonstigen Beamten mit etwa 150 000 Mark; der Fonds für Hülfsarbeiter ist um 100 000 Mark, der für baare Auslagen um 260 000 Mark und der für die Unterhaltung der Gebäude um 100 000 Mark erhöht. Von einer Einstellung eines besonderen Titels für Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen ist abgesehen, da über die Wirkungen des Reichsgesetzes vom 20. Mai 1898 „bis zur Erlangung weiterer Erfahrungen völlige Unsicherheit" herrscht. Der Titel für Entschädigung der Gerichtsvollzieher für amtliche Aufträge hat nach den Erfahrungen der letzten Jahre um 190 000 Mark herabgesetzt werden können. Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben sind von 6 261 300 auf 6 370 000 Mark erhöht, zeigen also nur eine Steigerung um 108 700 Mark. Die Zahl der Neubauten ist nicht erheblich. Hervorzuheben ist, daß in Köpenick ein neues Amtsgerichtsgebäude nebst Gefängniß errichtet werden soll, das einen Kostenaufwand von 433 000 Mk. erfordert, wovon 250 000 Mark in den Etat eingestellt sind. Der Bauplatz ist von der Deutschen Genossenschaftsbank unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Außerdem sollen neue Amtsgerichtsgebäude errichtet werden in Osterode O.-Pr., Arys, Perleberg, Posen (Gesamtkosten 883 000 Mark, wovon 350 000 eingestellt sind), Inowrazlaw, Bernstadt, Mittelwalde, Ottmachau, Loslau, Myslowitz, Lützen, Harburg, Alfed, Dortmund (Gesamtkosten 1 614 000 Mark, davon 600 000 Mark im Etat), Saarbrücken (Erweiterung), Bonn (Landgericht, ebenso), Elberfeld (Landgericht, ebenso) Montjoie und Aachen. In Halle soll ein Bauplatz (früheres Kasernengrundstück) von der Stadtgemeinde für 600 000 Mark angekauft werden, um ein neues Land- und Amtsgericht zu errichten. In Frankfurt a. M. soll das Hausgrundstück Rüsterstraße 13 angekauft und ausgebaut werden, um für den Oberlandesgerichts-Präsidenten eine Dienstwohnung zu schaffen. In einigen Orten, an denen es für die Amtsrichter schwer ist, geeignete Privatwohnungen zu finden, sollen für sie Dienstwohngebäude errichtet werden, so ist in Putzig, Stuhm, Gollub, Koschmin, Wreschen, Obornik, Jutroschin, Sarotschin, Kolmar in Posen und Montjoie.

— Im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses ist man jetzt eifrig beschäftigt, den Mängeln der Akustik, die sich in den ersten Sitzungen herausgestellt haben, nach Möglichkeit abzuhelfen. Die Vorkehrungen bestehen vorläufig in einer Ueberkleidung der oberen Wandflächen, die zur Aufnahme der Bilder von preußischen Städten bestimmt waren, mit einem Leinwandstoff von grauer Farbe; auch das bereits angebrachte Bild vom „Vulkan" in Stettin wird überkleidet werden. Ob damit gründlich geholfen sein wird, muß abgewartet werden.

— Die Humanistische Gemeinde zu Berlin hat eine Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet wegen Freigabe des Religionsunterrichts für die Dissidentenkinder. Es wird darin nach der „Volksztg." ausgeführt, das allgemeine preußische Landrecht erkenne die „vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit" als ein ursprüngliches Recht jedes Preußen an. Ferner bestimme es in § 78, Theil II, Titel 2, daß, so lange Eltern über den ihren Kindern zu ertheilenden Religionsunterricht einig sind, kein Dritter ein Recht habe, ihnen darin zu widersprechen. Entgegen diesem klaren Wortlaut der Verfassung würden nach einem Ministerialreskript vom 16. Januar 1892 Dissidenten, die in gesetzlicher Form aus der Landeskirche ausgeschieden sind, gegen ihr ausdrückliches Einverständniß gezwungen, ihre Kinder an dem konfessionellen Religionsunterricht der öffentlichen Schulen theilnehmen zu lassen. Die durch die Verfassung gewährten Rechte dürften nicht durch Ministerialreskripte im Verwaltungswege aufgehoben werden. Mithin sei diese Ministerialverfügung rechtsungültig. Es sei dringend nothwendig, daß das Abgeordnetenhaus hierzu Stellung nehme und Abhülfe herbeiführe.

— Beim Reichstag sind bis jetzt nicht weniger als 3619 Petitionen eingegangen. Außer den bereits ihrem Inhalt nach bekannt gegebenen weist das soeben erschienene amtliche Verzeichniß eine große Zahl von Eingaben nach, die ein öffentliches Interesse beanspruchen. Wieder kommen die Magistrate verschiedener Städte mit der Bitte um Erlaß eines Gesetzes über die Heranziehung des Reichsfiskus zu den Gemeindelasten, wieder petitioniren Mäßigkeitsvereine um ein Gesetz gegen die Trunksucht. Neu ist dagegen das Gesuch von Aerzten aus Frankfurt a. M. um Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Staatsbürger mit einem Einkommen bis zu 2000 Mark. Der Magistrat von Dresden bittet um Abänderung des Zollvereinigungsvertrages hinsichtlich der kommunalen Besteuerung des Weines, Biers und Branntweins. Apotheker, Drogisten und Zahnkünstler wünschen reichsgesetzliche Regelung ihrer Gewerbsverhältnisse, Droschkenkutscher in Leipzig verlangen für ihre Berufsgenossen einen regelmäßigen wöchentlichen Ruhetag, die Schiffer plaidiren für eine Minimalnachtruhezeit in ihrem Gewerbe. Die Frauenvereine fordern die Approbirung weiblicher Aerzte, der Norddeutsche Gastwirthsverband will das Inventar der Gastwirthschaften in der Zivilprozeßordnung für unpfändbar erklärt wissen. Wieder begegnen wir dem Gesuch um Zoll auf Quebrachoholz, aber auch die Einfuhr von Weißkohl, von Zwiebeln, Gemüse und Heu soll durch einen Zoll bekämpft werden. Die Rechtskonsulenten wollen eine gesetzliche Gebührenordnung, die freien Gemeinden eine für Dissidenten geeignete Eidesformel eingeführt wissen. Der Innungsverband der deutschen Baugewerksmeister will für fahrlässige Tödtung oder Körperverletzung neben Gefängnißstrafe die Festungshaft zugelassen haben. Außerdem tritt der Verband für Verstaatlichung des gesamten privaten Feuerversicherungswesens ein. Sehr zahlreich sind die Petitionen, welche die Fleischzufuhr betreffen, doch bei Weitem am zahlreichsten die Gesuche um Anbahnung von Maßregeln gegen den Massenfang der Zugvögel in Südtirol und Italien. Die verschiedensten Vorschläge liegen bereits vor für das im Reichstag erwartete Invalidenversicherungsgesetz, für die Postgesetznovelle, auch den Gesuchen verschiedener Beamtenkategorien um Gehaltserhöhung begegnen wir nach wie vor. Schließlich fehlen auch nicht die Petitionen um Reform des Irrenwesens und die Beschwerden Einzelner wegen angeblicher Rechtsverletzungen und Rechtsverweigerungen, sowie die Bitten um Aufhebung von Entmündigungen.

— Der Abg. Beck-Koburg (freis. Volksp.) hat im Reichstage einen Antrag wegen Entschädigung für unschuldig erlittene Haft eingebracht.

— In der Budgetkommission des Reichstages brachte gestern bei der Berathung des Etats der Reichsdruckerei Abg. Müller-Fulda (Ztr.) den „Fall Grünenthal" zur Sprache und erbat Aufklärung darüber, wie es möglich gewesen sei, daß G. undurchlochte Scheine sich angeeignet habe, während doch alle werthlosen Scheine durchlocht werden sollen. Staatssekretär v. Podbielski stellt zunächst fest, daß die Defraudationen zu einer Zeit stattgefunden, als er noch nicht an der Spitze der Verwaltung stand. Er habe sich im vorigen Jahre bei Besprechung des Falles im Plenum darum Reserve auferlegt, da die Gefahr vorlag, daß die Werthschätzung unserer Banknoten leiden könnte. Das sei glücklicherweise nicht eingetreten. Die Reichsbank habe eine genaue Prüfung der Scheine vorgenommen. Es handle sich um zwei betrügerische Vorgänge. Im Ganzen habe sich G. 489 300 M. angeeignet. 44 000 M. seien auf dem Kirchhof gefunden worden. Also handle es sich noch um 445 300 M. Aus dem Vermögen Grünenthal's hätten sich 282 000 Mark baar, sowie an Schmucksachen u. dergl. 18 000 M., im Ganzen also etwa 300 000 Mark ergeben. Es bleiben also noch 145 300 Mark zu decken, wofür die Reichsdruckerei aufkomme. Der Staatssekretär giebt sodann eine Darstellung der Entdeckung des Falles, wie sie bereits bekannt ist, und konstatirt, daß es lediglich kleine Nachlässigkeiten Anderer waren, die Grünenthal sich zu Nutz gemacht. Aber eine pflichtwidrige Handlungsweise anderer Beamten der Reichsdruckerei sei nicht nachgewiesen. Es sei aber die strengste Kontrolle eingeführt und Fälle à la Grünenthal seien für die Zukunft ausgeschlossen.

— In der Seehandlung hat gestern unter dem Vorsitz des Seehandlungspräsidenten eine mehrstündige Berathung von Finanzmännern und Großindustriellen stattgefunden, in der bestimmte Maßnahmen zur Förderung der Industrie im Osten, speziell in den Städten Danzig und Posen, erörtert wurden. Die Besprechungen, an denen der Oberpräsident von Westpreußen, von Goßler, und der Oberbürgermeister von Posen, Witting, theilnahmen, werden heute fortgesetzt und voraussichtlich zu einem allseitig befriedigenden Abschluß geführt werden. Es handelt sich um eine Betheiligung westdeutschen Kapitals und westdeutscher Erfahrung behufs industrieller Förderung des Ostens.

— Aus London wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Eine „Dalziel"-Drahtung aus Apia meldet, daß dort allseitig die Haltung des deutschen Konsuls verurtheilt werde. Er habe Mataafas Streitkräfte begleitet, als diese in Apia einfielen und Mataafa ermuntert, Malietoa Widerstand zu leisten. Als der englische und der amerikanische Konsul Kenntniß von der Lage erhielten, vertagten sie den Gerichtshof und schlossen das Gebäude. Der deutsche Konsul habe die Schlüssel verlangt, und als diese ihm verweigert wurden, habe er die Thüren erbrechen und neue Schlösser anbringen lassen. Als der britische Konsul die Schlüssel verlangte, und diese verweigert wurden, kletterte ein Schotte Namens Mackid auf das Dach des Gerichtsgebäudes und hißte die Samoaflagge. Gleichzeitig drangen der britische und der amerikanische Konsul, begleitet von Seetruppen, ins Gebäude, erbrachen die Thüren und stießen den deutschen Konsul und den deutschen Präsidenten auf die Straße. Alsdann eröffneten die beiden Konsuln förmlich den Gerichtshof und erließen eine Warnung gegen jede Einmischung in die Jurisdiktion des Gerichtshofes. Zur Zeit herrsche Ruhe; der deutsche Konsul ist in seinem Konsulat geblieben.

— Der Berichterstatter der „Daily Mail" in Odessa schreibt: „Ich vernehme, daß der Zar auf der Reise von Livadia nach Petersburg in Tula, wo der Zug zur Einnahme des Gabelfrühstücks anhielt, den Wunsch aussprach, den greisen Schriftsteller Graf Tolstoi zu sehen. Der Wunsch sollte kein Befehl sein, sondern wurde in der zartesten Weise ausgesprochen, um die Empfindlichkeit Tolstoi's nicht zu verletzen. Gegen die Erwartung nahm der Graf die Einladung an und erschien bald auf dem Bahnhof von Tula. Er trug sein bekanntes einfaches Bauerngewand und bildete in Folge dessen einen merkwürdigen Gegensatz zu den glänzenden Uniformen des Gefolges des Zaren. Nikolaus II. zerstreute bald alle Besorgnisse, welche Graf Tolstoi etwa über den Zweck der Einladung haben mochte, indem er ihn nach orthodoxer russischer Weise begrüßte, d. h. ihm Mund und beide Wangen küßte. Der Graf erwiderte in gleicher Weise. Nach dem Austausch der gewöhnlichen Höflichkeiten war, wie schon telegraphisch berichtet, die erste Frage des Zaren, was Tolstoi über seine Friedens- und Abrüstungsvorschläge denke. Die Antwort des Grafen Tolstoi war charakteristisch. Er sagte, er könne nur daran glauben, wenn der Zar den übrigen Nationen mit gutem Beispiel voranginge. Als Nikolaus II. die Schwierigkeiten des Problems darlegte und die Nothwendigkeit des Zusammenwirkens aller Großmächte betonte, ließ der Graf sich etwas erweichen und sprach die Hoffnung aus, daß Seine Majestät ein greifbares Resultat erlangen oder doch jedenfalls der bevorstehenden Konferenz einen Plan vorlegen werde, mit dem sich etwas anfangen ließe. Seine Majestät dankte dem Grafen für seine guten Wünsche und sagte, daß er sich sehr freuen würde, wenn der Schriftsteller der Lösung der Frage sein Genie leihen wolle. Der Graf erwiderte, daß der Zar auf seine Mitwirkung rechnen könne. Er arbeite schon gegenwärtig an einem Buche, welches die Friedensfrage behandle. Es werde bald erscheinen. Dann muß der schöne Traum sich ja bald erfüllen!

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Januar. Im Abgeordnetenhause gebrauchte die Linke heute außer den namentlichen Abstimmungen noch ein zweites Obstruktionsmittel, indem sie so umfangreiche Anfragen an die Regierung überreichte, daß deren Verlesung allein Stunden dauerte; in Folge dessen wurde die Verhandlung abgebrochen, ohne daß auch nur der Inhalt der eingelaufenen Petitionen bekannt gemacht werden konnte. Am Sitzungsschlusse fand eine bewegte Erörterung über den Antrag der Sozialisten statt, daß der Preßausschuß in der nächsten Sitzung über alle Preßanträge, darunter den betreffend die Aufhebung des Zeitungsstempels, berichte. Daszynski griff die Linke an und deutete an, diese treibe Obstruktion, weil sie die Herrschaft des § 14 wünsche. Kaiser erwiderte, die Deutschen müßten darauf bestehen, daß vorerst ihre nationalen Forderungen erfüllt werden. Redner griff dann die Regierung scharf an und sagte u. A.: „Wir haben gar keinen Staat mehr. In ganz Oesterreich besteht nur reine Willkürherrschaft von Tyrannen. Bezüglich der Sprachenfrage in Schlesien zeigt das Vorgehen der Regierung die größte Brutalität. Es herrschten Zustände, wie sie in keinem Staate Europas und auch außerhalb Europas nicht vorkommen. Die Türken müssen wir beneiden." Der Sozialist Berner sagte, für die Besprechung der Aufhebung des Zeitungsstempels genügen zwei Stunden. Wolf zu den Sozialdemokraten: „Das ist ein Trinkgeld, durch welches Euch die Regierung ködern will!" Berner: „Für die Arbeiter bedeutet jeder Kreuzer, den sie für ihr geistiges Brod ausgeben, sehr viel!" Wolf: „Arbeiterkreuzer!" Schrammel zu Wolf: „Sie leben von den Fabrikantengulden!" Wolf: „Ein Schurke und Verleumder sind Sie, Herr Schrammel, geradeso wie Daszynski!" Schrammel: „Sie sind ein Volksbetrüger!" Kozakiewicz ebenfalls gegen Wolf: „Sie sind nicht im Stande, Jemanden zu beleidigen, Sie versoffener Bursche!" Nachdem sich der Lärm gelegt, suchte im weiteren Verlauf der Rede Daszynski den peinlichen Eindruck, den die Haltung der Sozialdemokraten bei der Linken hervorrief, zu verwischen, indem er die Hoffnung aussprach, die Linke werde dennoch für den Antrag der Sozialisten stimmen. Der Antrag wurde jedoch auch von der Linken abgelehnt, womit die Sitzung schloß.

Wien, 19. Januar. Der Verein deutscher Studenten aus Schlesien „Oppavia" ist wegen Ueberschreitung des statutarischen Wirkungskreises von der Behörde aufgelöst worden.

Prag, 19. Januar. In Folge des Gerüchts von der Nachmittag stattfindenden Ueberführung des Leichnams des von dem deutschen Studenten Biberle erschossenen czechischen Studenten Linhart fanden große Ansammlungen und lärmende Demonstrationen vor dem pathologischen Institut statt. Von 2 bis 6 Uhr hatte die Polizei harte Arbeit. Die Ueberführung wird erst morgen erfolgen. Aus Wien ist hier die Ordre eingetroffen, alle aufreizenden Berichte über den verhafteten deutschen Studenten Biberle zu unterdrücken. Nachmittag demonstrirte der Mob im Zentrum der Stadt; die Polizei zersprengte die Pöbelhaufen und nahm mehrere Verhaftungen vor; die gesamte Polizei hat Permanenzdienst.

Frankreich.

Paris, 19. Januar. Deputirtenkammer Der Deputirte Vaillant erklärt, er wünsche über die Abrüstungskonferenz zu interpelliren. Der Minister des Aeußern Delcassé entgegnet, er werde bei Berathung des Budgets des Auswärtigen Amtes Erklärungen abgeben. Vaillant nimmt hierauf von der Interpellation Abstand. Grousset verlangt die Ernennung einer parlamentarischen Kommission zur Prüfung der Frage der Untersee-Boote und behauptet, das Syndikat der Eisenindustriellen bekämpfe den Bau solcher Boote. Marineminister Lockroy erwidert, eine parlamentarische Kommission könne nicht werkthätig bei Versuchen mitwirken, die von Fachleuten kontrollirt worden seien. Der Minister stellt fest, das Untersee-Boot „Zédé" habe alle Eigenschaften gezeigt, die man von ihm für das Abschießen von Torpedos und in Hinsicht auf Manövrirfähigkeit erwartet habe. Frankreich sei die einzige Macht, die ein brauchbares Untersee-Boot besitze. Grousset besteht auf seinem Antrag und verlangt die Dringlichkeit für denselben; dieselbe wird aber mit 351 gegen 121 Stimmen abgelehnt. In der fortgesetzten Generaldebatte über das Budget erklärte zunächst der Finanzminister Peytral, daß das Budget sich durchaus im Gleichgewicht befinde. Die Einheit des Budgets werde überall gewahrt und die Amortisation der Schulden sichergestellt. Auf diese Einheit des Budgets und die Amortisation sei die Politik der Sparsamkeit gegründet, welche die Regierung befolgen werde. Der Zweck, den die Regierung im Auge habe, sei der, für das Jahr 1900 ein normales Budget vorlegen zu können. Peytral betonte, die Aera der Defizits sei abgeschlossen; der Reichthum Frankreichs sei nicht im Abnehmen. Das bedeute nicht soviel, als ob es nichts mehr zu thun gebe, aber man dürfe das Land nicht entmuthigen, welches im Jahre 1900 auf der Höhe der Situation sein werde. Nach dem Finanzminister nahm Admiral Rieunier das Wort und wies die Kritik Pelletans über die Marine zurück. Pelletan habe als Berichterstatter unter Hinweis auf die englische Marine von der Minderwerthigkeit der französischen gesprochen. Er habe aber vergessen, darauf hinzuweisen, daß die Ueberlegenheit der Engländer großentheils ein Ergebniß ihrer mächtigen Industrie und der Erziehung der britischen Jugend sei. Zur Zeit seien nur nothwendige und wohlberechnete Ausgaben zu machen. Die Küstenvertheidigung Frankreichs fordere neue Ausgaben. Man müsse sich aber vor der Neuerungssucht hüten und nur wohlbedachte vernünftige Reformen beschließen. Der Marineminister werde die Pflicht haben, sich über seine Politik auszusprechen. Derselbe habe bereits mehrere Flottenstützpunkte gewählt. Man könne aber gegen mehrere derselben Einwände geltend machen und es könnten viele der angesetzten Ausgaben vermieden werden. Was die Marine betreffe, so müsse sie sich vor Utopien und vor der Verblendung hüten. Die Nothwendigkeit der Panzerschiffe dränge sich immer mehr auf. Man werde auf diesen Typ nicht verzichten können. (Beifall.) Die Generaldebatte wurde sodann geschlossen und die Sitzung aufgehoben.

Paris, 19. Januar. Hier verlautet, gestern habe in London eine Unterredung zwischen Lord Salisbury und dem französischen Botschafter Cambon stattgefunden; andererseits sei gestern der englische Botschafter Monson vom Minister des Auswärtigen Delcassé empfangen worden.

Diese zweifache Unterredung habe jedoch keinerlei Anhalt für eine Aenderung der Lage ergeben, welche nach wie vor der Regierung zu ernsten Besorgnissen Anlaß gebe.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. Januar. Die Kommunal-Kassen-Rechnung des Kreises Randow für 1897—98 schließt in Einnahme mit 1 240 370,40 Mark, in Ausgabe mit 1 208 415,94 Mark, sodaß ein Bestand von 3195,46 Mark verbleibt. Die Verwaltung der Provinzial-Chausseen erforderte an Ausgaben 59 136,94 Mark, denen 81,310,10 Mark Einnahmen gegenüberstehen, sodaß ein Bestand von 22 173,16 Mark verbleibt. Am 31. d. M. findet eine Kreistags-Sitzung statt, in welcher aufs neue das Projekt der Eingemeindung von Grabow a. O., Bredow und Nemitz in den Stadtbezirk Stettin zur Berathung steht.

— Eine neue Auflage der Post- und Telegraphen-Nachrichten ist erschienen und kann durch die Briefträger und die Briefannahme des Postamts I bezogen werden.

— Der Arbeitsnachweis der Landwirthschaftskammer für die Provinz Pommern ist am 1. Januar in Thätigkeit getreten und befindet sich hierselbst, Holzstraße 6, I. — Wie schon wiederholt bekannt gemacht worden ist, besteht die Aufgabe desselben darin, sämtlichen Landwirthen der Provinz Pommern: landwirthschaftliche Beamte oder Arbeiter aller Art, sowie männliches oder weibliches Gesinde 2c. zu vermitteln. Die Vermittlungsgebühren sollen nur die entstehenden Unkosten decken und wird der Tarif auf Wunsch von dem Arbeitsnachweis Jedermann mitgetheilt.

— Der Zweigverein Stettin des Evangelischen Bundes hält Dienstag, den 24. d. M., im Bibliotheksaale des Konzerthauses seine Generalversammlung ab und hat Herr Oberlehrer Dr. Meinhold einen Vortrag über „Rousseau und Augustin" zugesagt. Gäste sind willkommen.

— Von der „Gesellschaft zur Fürsorge für die einwandernde männliche Jugend in Berlin" wird folgende beherzigenswerthe Warnung für junge Leute aus den Provinzen erlassen: Fast 500 junge Leute halten wöchentlich ihren Einzug in Berlin und vermehren damit die große Schaar Derer, die hier ohne Arbeit sind. Man braucht nur einen Blick in die gefüllten Herbergen, Speise- und Kaffeehäuser, Wärmehallen und Asyle zu thun, um einen Ueberblick über die große Zahl der Arbeitslosen zu bekommen. Gewiß giebt es manche unter diesen, die nicht arbeiten wollen, doch viele von ihnen sind erst durch die dauernde Arbeitslosigkeit auf einen Weg gedrängt worden, der sie nunmehr bergab führte. Den Beweis für diese traurige Thatsache erfährt Der, welcher sich nach dem Beruf der Leute erkundingt, die sich in den oben angeführten Häusern aufhalten. Man findet nicht nur viel ungelernte Arbeiter und Hausdiener unter ihnen, sondern auch Bäcker, Tischler, Schlosser, Schneider, Kellner u. s. w. nicht zum wenigsten auch Schreiber und Kaufleute. Daß aber so viel junge Leute hier allmälig herunterkommen, liegt daran, daß von den wöchentlich Zuziehenden nur ein kleiner Theil sofort Stellung findet, der übrige größere sucht dieselbe wochenlang vergebens. Möge deshalb Keiner nach Berlin kommen, der nicht schon feste Stellung oder bestimmte Aussicht auf solche hat. Doch diese sowohl, als Diejenigen, welche dennoch aufs Gerathewohl herkommen, mögen nicht versäumen, sich bei der Gesellschaft zur Fürsorge für die einwandernde männliche Jugend (C., Sophienstraße 19) zu melden, die gern Rath und Auskunft ertheilt und einen guten Anschluß in Berlin vermittelt.

— In der Königlichen Gewerbe- und Haushaltungsschule für Mädchen zu Posen, der einzigen Staatsanstalt dieser Art in Preußen, beginnen die neuen Lehrkurse am 6. April d. J. Die Anstalt wird alsdann, wie aus dem soeben zur Ausgabe gelangenden neuen Programm hervorgeht, eine wesentliche Erweiterung erfahren. Statt der bisher vorhandenen 9 Kurse sind jetzt deren 15 vorgesehen, nämlich für 1. einfache Handarbeiten, 2. Maschinennähen, 3. Wäscheanfertigung, 4. Schneidern, 5. Kunsthandarbeiten, 6. Putzmachen, 7. Waschen und Plätten, 8. Kochen, 9. Haushaltungskunde, 10 Zeichnen und Malen, 11. Handelsfächer, 12 Handarbeitslehrerinnen, 13. Gewerbeschul-(Industrie-)Lehrerinnen, 14. Koch- und Hauswirthschaftliche Lehrerinnen, 15. Stützen der Hausfrau. An der Schule sind außer der Leiterin 12 Lehrerinnen und eine größere Zahl von Hülfslehrerinnen und Hülfslehrern angestellt. Das Schulgeld ist mäßig bemessen; Schülerinnen, die das mit der Anstalt verbundene Pensionat besuchen, genießen noch besondere Ermäßigung. Die Leitung der Schule und des Pensionats liegt in den Händen von Fräulein Hermine Ridder, die Anmeldungen entgegennimmt und Auskünfte unter Uebersendung von Programmen kostenfrei ertheilt.

* Wegen bedeutender Unterschlagungen wurde heute der Kassirer einer namhaften hiesigen Rhederei in Haft genommen. Die Veruntreuungen sollen bis in das Jahr 1897 zurückdatiren, man spricht von einem Defekt von 40 000 Mark. Gegen einen Kommis ist das Verfahren wegen Betheiligung an dem Vergehen eingeleitet worden.

* In der Wohnung seiner „Braut", Hohenzollernstraße 68, brachte sich gestern Abend der 29 Jahre alte Schneidergeselle Groth einen Revolverschuß in die Brust bei. Als Motiv für den Selbstmordversuch wird Eifersucht angegeben, die schon öfter zu heftigen Auftritten geführt haben soll. G. wurde schwer verletzt in die Anstalt Bethanien gebracht.

* Auf dem Postamt in der Wollweberstraße hatte vorgestern Nachmittag ein Katasterzeichner einen kleinen Geldbetrag einzuzahlen, er legte dabei das Portemonnaie vor sich am Schalter nieder und dies benutzte ein Dieb, um sich des Geldtäschchens zu bemächtigen. Der Verlust ist für den Bestohlenen ein recht empfindlicher, da sich 130 Mark in dem Portemonnaie befanden. Eine Frau, welche mit einem Knaben vor dem Schalter stand, soll sich in auffälliger Weise an den Katasterbeamten herangedrängt haben, sie war, als der Diebstahl entdeckt wurde, bereits aus dem Raum verschwunden.

* Ein Einbruchsdiebstahl wurde vorgestern Abend im Hause Stoltingstraße 85 verübt. Der Dieb hat die verschlossene Wohnung mittelst Nachschlüssels geöffnet und eine goldene Taschenuhr sowie einen erheblichen Geldbetrag entwendet.

Aus den Provinzen.

§ **Stargard,** 19. Januar. Auf dem hiesigen Staatsbahnhof gerieth gestern Abend der Bahnarbeiter Brüske beim Rangiren zwischen die Puffer und erlitt einen Bruch der Wirbelsäule, sodaß der Tod sofort eintrat.

—r. **Pyritz,** 19. Januar. Zum Vorsitzenden des hiesigen Zweigvereins der ökonomischen Gesellschaft Pommerns wurde Herr Rittergutsbesitzer v. Schöning-Sallenthin gewählt.

** **Greifswald,** 19. Januar. Wie alljährlich am 18. Januar fand gestern zur Erinnerung an die Begründung des deutschen Reiches ein Fackelzug der hiesigen Korps statt, an welchen sich ein Kommers schloß.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin,** 20. Januar. Vor der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte sich heute der frühere Geschäftsreisende Paul Laue aus Berlin wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung und Untreue zu verantworten. Im Juli 1898 übernahm L. hier eine Stellung als Provisionsreisender einer Breslauer Kunstanstalt, welche gestickte Haussegen vertreiben läßt. Der Angeklagte erhielt eine Mappe mit zwölf derartigen Kunstblättern, welche als Muster dienen sollten, er sandte auch einige Bestellungen ein, verschwand dann aber spurlos und lieferte erst Ende August 7 von den Haussegen zurück. Ueber den Verbleib der übrigen fünf Blätter, deren jedes einen Werth von 4,50 Mark hat, konnte L. glaubwürdige Auskunft nicht geben, das Gericht gelangte daher in Uebereinstimmung mit der Anklage zu der Ueberzeugung, daß L. die Haussegen verkauft und das Geld verbraucht habe. Aehnlich verfuhr der Angeklagte mit 18 Guitarrzithern, die ihm zum Vertrieb von der Handlung Rudolf Stobbe überlassen waren. Diese Instrumente sollten zu Preisen von 18 bis 22 Mark abgesetzt werden, L. brachte sie jedoch für 4,50 bis 7 Mark an den Mann und behielt das Geld für sich. Um die Veruntreuungen zu verdecken, fälschte der Angeklagte vier Bestellscheine und reichte dieselben dem hiesigen Vertreter der Firma Stobbe ein. Hinsichtlich der zuletzt erwähnten Vergehen war L. geständig, die Unterschlagung von fünf Haussegen bestritt er, doch wurde auch diese für erwiesen angesehen und auf eine Gesamtstrafe von 9 Monaten Gefängniß erkannt.

— Der katholische Fabrikant Flöck zu Köln war beschuldigt worden, sich dadurch strafbar gemacht zu haben, daß er am Himmelfahrtstage Arbeiter in seiner Fabrik beschäftigt habe. Das Schöffengericht sprach ihn frei und die Strafkammer verwarf die gegen diese Entscheidung eingelegte Berufung. Die Strafkammer machte u. A. geltend, der Himmelfahrtstag sei zwar ein gesetzlicher Festtag, an dem in Fabriken nicht gearbeitet werden dürfe, der Angeklagte habe aber nicht gewußt, daß der Himmelfahrtstag zu den gesetzlichen Festtagen gehöre; wenn jemand bei Begehung einer strafbaren Handlung das Vorhandensein von Thatumständen nicht kenne, die zum gesetzlichen Thatbestande gehören, so seien ihm diese Umstände nicht zuzurechnen. Gegen diese Entscheidung legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Kammergericht ein und behauptete, die Strafkammer habe § 105b der Gewerbeordnung und die Kabinetsordre vom 7. Februar 1837 durch Nichtanwendung und § 59 des Strafgesetzbuchs durch unrichtige Anwendung verletzt. Habe der Angeklagte den Himmelfahrtstag für keinen Festag gehalten, so sei er trotz seiner Unkenntnis zu bestrafen. Das Kammergericht wies jedoch die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet ab und machte geltend, welche Tage als Festtage bestimmt seien, enthalte die Gewerbeordnung nicht. Hierüber treffen die Landesgesetze Bestimmung. Da der Angeklagte die betreffende Bestimmung nicht gekannt habe, so sei § 59 des Strafgesetzbuches mit Recht angewandt worden. [Diese Entscheidung könnte wegen ihrer besonderen Festellung der Begriffe Unkenntnis von Thatumständen und Unkenntnis des Gesetzes in juristischen Kreisen eine interessante Streitfrage anregen.]

Kunst und Wissenschaft.

— Zur Errichtung eines Fesselballons in der Tegeler Forst, welcher, wie wir bereits mitgetheilt haben, ständig zur Erforschung der höheren Schichten der Atmosphäre dienen soll, sind im Etat 50 000 Mark ausgeworfen worden. In den Ausführungen zu diesem Posten heißt es: „Es ist durch zahlreiche, in den Jahren 1893 bis 1897 unternommene wissenschaftliche Ballonfahrten der Beweis erbracht, daß die Kenntniß der Vorgänge in den höheren Luftschichten der freien Atmosphäre für die Meteorologie und für die Physik des Luftraumes von grundlegender Bedeutung ist. So wichtige und vielfach unterschätzte Leistungen die wissenschaftliche Wetterprognose an der Hand des ihr von den Erdstationen und namentlich von den Bergobservatorien zufließenden Materials aufzuweisen hat, so sind doch, da diese Beobachtungen von lokalen Beeinflussungen nicht frei bleiben können, die Bergobservatorien auch von unseren Gegenden viel zu fern liegen, von den Beobachtungen der wirklichen Verhältnisse der freien Atmosphäre weit wichtigere Resultate zu erwarten. Denn die großen Witterungsumschläge, deren rechtzeitige Vorhersage gegenwärtig noch den schwächsten Punkt des Prognosendienstes bildet, kündigen sich zweifellos zuerst in den höheren Schichten der Atmosphäre an und müssen dort beobachtet werden. Frühere Versuche, durch Fesselballons regelmäßige Nachrichten aus den höheren Luftschichten zu erlangen, schlugen fehl, weil durch jeden etwas lebhafteren Wind der Fesselballon zu Boden gedrückt wurde. Deshalb ist man in Küstengegenden am Ozean, wo regelmäßig ein einigermaßen starker Wind weht, auf den Ausweg verfallen, durch Drachen mit größerem Flächeninhalt meteorologische Registrirapparate in die Höhe heben zu lassen, und man hat auf diesem Wege durch Aneinanderreihen solcher Drachen Höhen bis zu 3500 Meter erreichen und erforschen können. In unseren Gegenden, wo solche Winde nicht regelmäßig wehen, kann diese Methode nicht zur Anwendung gelangen, zumal bei jedem Nachlassen des Windes für die Instrumente die Gefahr des Herabstürzens und der Beschädigung besteht. Dadurch ist man auf die Erfindung des Drachenballons gekommen, der den Vortheil bietet, daß der Ballon auch bei Windstille steigt, und daß er mit zunehmender Windstärke an Höhe gewinnt, während ein Herabstürzen bei eintretender Windstille durch den Ballon vermieden wird. Werden in Verbindung hiermit Drachen in der oben erwähnten Art aneinandergereiht, so lassen sich mit Registrirapparaten die für die Wetterpronose wichtigen höheren Luftschichten erreichen. Schafft man weiter eine Einrichtung derart, daß zwei Drachenballos in den Dienst gestellt und stets gebrauchsfertig gehalten werden, so werden damit die für die Prognose hochwichtigen zusammenhäneenden, nur durch relativ kurze Intervalle unterbrochenen Registirungen aus größerer Höhe gewonnen. In dieser Weise sind Ende März und Anfang April 1898 in Straßburg i. E. gelegentlich des Zusammentritts der Internationalen Aeronautischen Kommission erfolgreiche Versuche ausgeführt worden.

— Der Tod des im Alter von 82 Jahren in Dessau verstorbenen Generalleutnants Freiherrn Ernst Schuler von Senden erweckt die Erinnerung an Spielhagen's Roman: „Sturmfluth", in dem der alte Herr eine Rolle spielte, als Vater der jungen Heldin, welche schließlich ihren Willen durchsetzt und den Lootsenkommandeur Müller auf Rügen heirathet. Das Ehepaar wurde sehr glücklich. und häufig weilte Excellenz Schuler von Senden bei diesem Schwiegersohne.

Schiffsnachrichten.

— Am 14. ist in Belfast auf der Werft von Harland u. Wolff der größte Dampfer der Welt, der für die White Star Linie bestimmte „Oceanic" abgelaufen. Er soll zwischen Liverpool und Newyork fahren und womöglich noch in diesem Jahr seine Fahrten beginnen. In seiner Länge übertrifft das Schiff den „Great Eastern" um 25′ und erreicht ihn bis auf etwa 2000 Tons auch im Depiacement. Die Abmessungen des neuen Dampfers sind: Größte Länge 704′, Länge zwischen Perpendikeln 685′, größte Breite 68′, größter Tiefgang bei voller Ladung höchstens 32′ englische Grostonnage gleich 1 7040 Tons. Die Maschinen sollen zwei dreiflügelige Schrauben mit 28 000 Pferdekräften treiben. Das Schiff soll eine Ozeangeschwindigkeit von 20 Knoten und eine Maximalgeschwindigkeit von 21 Knoten haben. Es wird also durchaus nicht zu den schnellsten Dampfern gehören und bleibt hinter unserem „Kaiser Wilhelm dem Großen" um 2½ Seemeilen stündlich zurück. Bei seinem Deplacement von etwa 30 100 Tons ist der „Oceanic" doppelt so groß als die größten Schlachtschiffe. In der Länge ist er 185′ länger als die größten Kreuzer der Welt und 60′ größer als „Kaiser Wilhelm der Große". Auffallend ist die Beibehaltung des Verhältnisses von mehr als 10 : 1 im Vergleich der Länge des Schiffes zu dessen Breite, welches Verhältniß die Werft von Harland u. Wolff den Schnelldampfern der White Starlinie bereits im Jahre 1871 gab, während die neueren Dampfer anderer Linien jetzt wieder eine verhältnißmäßig größere Breite haben. Als ein Beweis, wie die Anforderungen an die Größe und die Maschinenkraft der transatlantischen Dampfer seit 1871 gestiegen sind, seien hier die Abmessungen des ersten für die White Star Linie bei Harland und Wolff gebauten Postdampfers, des damaligen Dampfers „Oceanic", gegeben. Derselbe hatte bei 420′ Länge, 41′ Breite und 3707 Tons Grostonnage 3000 Pferdekräfte. Der neue „Oceanic" wird nach seiner Fertigstellung zwei riesige und hohe Schornsteine, drei leichte Pfahlmasten und 18 Boote haben. Als Hülfskreuzer der englischen Marine wird das Schiff, ohne einmal die Kohlen erneuern zu müssen, vermöge seiner riesigen Kohlenräume die größte Meilenzahl in der verhältnißmäßig geringsten Zeit zurücklegen können. Es wird mit seinen Kohlen mit 12 Knoten Fahrt 24 000 Seemeilen, also mehr als rund um die Erde dampfen können, was kein anderes Schiff vermag.

Petersburg, 19. Januar. Das Marineministerium hat beschlossen, den Bau eines Kreuzers ersten Ranges von 6250 Tons Wasserverdrängung der Schiffswerft des „Vulkans" in Stettin und den Bau zweier Torpedoboote von je 350 Tons Wasserverdrängung der Schichauschen Werft in Elbing zu übertragen. Die Kosten für den Kreuzer sind auf über 4 Millionen Rubel festgesetzt. Die Schiffe müssen im nächsten Jahre fertig sein. Alle in Petersburg im Bau befindlichen Panzerschiffe sollen in diesem Jahre und 22 Torpedoboote im nächsten Jahre fertiggestellt werden. Ferner wurde beschlossen, in diesem Jahre auf den Werften der neuen Admiralität zwei Geschwaderpanzer von ungefähr 12 700 Tons Wasserverdrängung zu bauen, sowie auf der Werft der russischen Lokomotivenfabrik ein Panzerschiff von 12 700 Tons, einen Kreuzer von 6000 Tons und einen solchen von 3000 Tons.

Vermischte Nachrichten.

Hanau, 19. Januar. In der elektrotechnischen Fabrik von Schneeweiß und Engel explodirte heute Vormittag ein Luftkessel, wobei ein Ingenieur und ein Arbeiter sofort getödtet wurden. Das Dach des Arbeitshauses wurde von dem Deckel des Kessels durchschlagen.

Wien, 20. Januar. Nach einer Meldung deutsch-böhmischer Blätter wurde der Baron Ludwig Hopp im Walde von Prihosten meuchlings erschossen.

Arad, 20. Januar. Ein Rädelsführer der letzten Excesse in Neu St. Anna, ein Grundbesitzer und Mitglied des neu gegründeten Bauern-Vereins, hat sich im Gefängniß erhängt. Bei dem Leichenbegängniß der von den Gendarmen Erschossenen drohten die Bauern, nach dem Abzuge des Militärs alle Herrenleute zu erschlagen.

London, 20. Januar. In Folge des Sturmes, welcher im Kanal herrscht, ist der Dampferdienst mit Frankreich unterbrochen. Die Dampfer, welche in Calais anlegen sollten, müssen nach Folkestone gehen. Es herrscht ein heftiger Regen vermischt mit Schnee. In Schottland sind die Flüsse aus ihren Ufern getreten. In der Grafschaft King mußten die Einwohner aus ihren Häusern flüchten; viele Häuser sind in Folge der Ueberschwemmung eingestürzt.

— [Bestrafte Neugier.] Im Omnibus sitzt ein Mann mit einem Korb zwischen den Beinen. Sein Nachbar brennt vor Neugierde, zu erfahren, was der Korb enthält. Er kann es nicht länger aushalten und stellt deshalb die Frage: „Sie nehmen den Korb sehr in Acht?" „Ja," lautet die lakonische Antwort, die natürlich das Verlangen steigert, das Räthsel gelöst zu haben. Nach kurzer Pause meint er: „Es ist etwas sehr Werthvolles darin?" Abermals ein kurzes „Ja". Der Neugierige möchte zerplatzen. „Ach, was ist es denn?" „Eine Mondgans." „Eine Mondgans, hem, kenne ich ja gar nicht — was ist denn eine Mondgans?" „Ein indisches Thier, das Ratten tödtet." „Ach, Sie haben wohl viele Ratten in Ihrem Hause?" „Nein, aber mein Vetter hat das Delirium Tremens und redet sich ein, immer Ratten vor sich zu sehen." „Ja, dann sind das aber doch keine wirklichen Ratten." „Stimmt, das ist auch keine wirkliche Mondgans" . . . .

Bankwesen.

Paris, 19. Januar. Bankausweis.
Baarvorrath in Gold Franks 1 814 466 000, Zunahme 3 922 000.
Baarvorrath in Silber Franks 1 197 627 000, Zunahme 1 385 000.
Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen 1 057 891 000, Abnahme 13 835 000.
Notenumlauf Franks 3 900 515 000, Abnahme 5 824 000.
Laufende Rechnung d. Priv. Franks 590 593 000, Zunahme 98 220 000.
Guthaben des Staatsschatzes Franks 201 487 000, Abnahme 37 455 000.
Gesamt-Vorschüsse Franks 465 718 000, Zunahme 39 259 000.
Zins- und Diskont-Erträgnisse Franks 3 595 000, Zunahme 892 000.
Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath 77,22.

London, 19. Januar. Bankausweis.
Totalreserve Pfd. Sterl. 22 103 000, Zunahme 2 044 000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 26 666 000, Abnahme 1 055 000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 31 969 000, Zunahme 989 000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 31 762 000, Abnahme 279 000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 41 116 000, Abnahme 397 000.
Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 8 003 000, Zunahme 312 000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 20 017 000, Zunahme 1 942 000.
Regierungs-Sicherheit Pfd. Sterl. 13 387 000, Abnahme 1 805 000.
Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven 44⅞ gegen 40⅝ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 200 Millionen, gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 28 Millionen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 20. Januar. Wetter: Veränderlich. Temperatur + 7 Grad Reaumur. Barometer 759 Millimeter. Wind: SW.

Spiritus per 100 Liter à 100 % loko 70er 39,20 G.

Berlin, 20. Januar. In Getreide 2c. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 39,90, loko 50er amtlich —,—.

London, 20. Januar. Wetter: Mild.

Berlin, 20. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	101,70	London kurz	—,—
do. do. 3½%	101,90	London lang	—,—
do. do. 3%	93,40	Amsterdam kurz	—,—
Dtsch. Reichsanl. 3%	93,30	Paris kurz	—,—
Pom. Pfandb. 3½%	99,50	Belgien kurz	—,—
do. do. 3%	90,50	Berl. Dampfmühlen	127,60
do. Neul. Pfd. 3½%	99,00	Neue Dampf.-Comp. (Stettin)	106,75
3% neuländ. Pfdbr.	90,25	Chamotte-Fabr. A.-G. vorm. Didier	425,50
Centrallandschaft-Pfandbr. 3½%	100,00	„Union", Fabr. chem. Produkte	144,00
do 3%	90,20	Varziner Papierfabr.	195,00
Italienische Rente	94,25	Stöwer, Nähmasch. u. Fahrrad-Werke	162,25
do. 3% Eisb.-Obl.	59,60	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,00
Ungar. Goldrente	—,—	3½% Hamb. Hyp.-B. unk. b. 1905	99,00
Rumän. 1881er am. Rente	100,40	Stett. Stdtanl. 3½%	98,50
Serb. 4% 95er Rente	61,30	**Ultimo-Kourse:**	
Griech. 5% Goldr. von 1890	41,60	Disc.-Commandit	198,90
Rum. am. Rente 4%	92,80	Berl. Handels-Ges.	168,50
Mexikan. 6% Goldr.	—,—	Oesterr. Credit	225,25
Oesterr. Banknoten	169,55	Dynamite Trust	179,60
Russ. Bankn. Cassa	216,40	Bochumer Gußstahlf.	235,60
do. do. Ultimo	—,—	Laurahütte	217,70
Gr. Russ. Zollcoup.	324,25	Harpener	180,00
Franz. Banknoten	81,25	Hibernia, Bergw.-Gesellschaft	189,10
National-Hyp.-Cred.-Ges. (100) 4½%	98,00	Dortm. Union Lit. C.	109,80
do. (100) 4%	93,60	Ostpreuß. Südbahn	96,10
do. (100) 4%	—,—	Marienburg-Mlawkabahn	83,25
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	—,—	Norddeutscher Lloyd	115,60
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Em.	100,00	Lombarden	29,30
Stett. Vulc.-Aktien Lit. B.	222,50	Franzosen	153,40
Stett. Vulc.-Prior.	223,50	Luxemburg. Prince-Henribahn	105,40
Stett. Straßenbahn	172,90		
Petersburg kurz	216,00		
Warschau kurz	216,15		

Tendenz: Still.

Paris, 19. Januar, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Fest.

	19.	18.
3% Franz. Rente	101,95	101,95
5% Ital. Rente	93,45	92,95
Portugiesen	24,00	23,70
Portugiesische Tabaksoblig.	487,00	485,00
4% Rumänier	—,—	93,35
4% Russen de 1889	—,—	—,—
4% Russen de 1894	—,—	—,—
3½% Russ. Anl.	100,00	—,—
3% Russen (neue)	95,45	95,45
4% Serben	60,30	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	48,60	48,90
Convert. Türken	23,00	22,90
Türkische Loose	109,70	109,50
4% türk. Pr.-Obligationen	484,00	—,—
Tabacs Ottom.	269,00	268,00
4% ungar. Goldrente	100,65	100,60
Meridional-Aktien	691,00	688,00
Oesterreichische Staatsbahn	771,00	—,—
Lombarden	167,00	166,00
B. de France	3785	3800
B. de Paris	938,00	940,00
Banque ottomane	548,00	548,00
Credit Lyonnais	875,00	868,00
Debeers	703,00	694,00
Langl. Estrat.	98,00	98,00
Rio Tinto-Aktien	871,00	888,00
Robinson-Aktien	238,50	240,00
Suezkanal-Aktien	3558	3550
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,06	206,12
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,00	122,00
do. auf Italien	7,25	7,50
do. auf London kurz	25,16	25,16½
Cheque auf London	25,19	25,19
do. auf Madrid kurz	378,00	380,00
do. auf Wien kurz	207,00	207,12
Huanchaca	—,—	48,00
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 19. Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 31,50 G., per Mai 32,00 G., per September 32,75 G., per Dezember 33,25 G.

Hamburg, 19. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Januar 9,17½, per März 9,25, per Mai 9,35, per August 9,52½, per Oktober 9,17½, per Dezember 9,20. Ruhig.

Bremen, 19. Januar. (Börsen-Schlußber.) Raffinirtes Petroleum. [Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.] Loko 6,95 B. Schmalz ruhig. Wilcox 29½ Pf., Armour shield 29½ Pf., Cudahy 30½ Pf., Choice-Grocery 30½ Pf., White label 30½ Pf. — Speck ruhig. Short clear middl. loko 27½ Pf. — Reis steigend. — Kaffee ruhig. — Baumwolle steigend. Upland middl. loko 29¾ Pf.

Amsterdam, 19. Januar, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest, per März 178,00, per Mai 179,00. Roggen loko —, do. auf Termine fest, per März 144,00, per Mai 138,00. Rüböl loko —,—, per Mai —,—.

Amsterdam, 19. Januar. Java-Kaffee good ordinary 32,50.

Amsterdam, 19. Januar. Bancazinn 60,25.

Antwerpen, 19. Januar. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen behauptet. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Antwerpen, 19. Januar, Nachm. 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 19,00 bez. u. B., per Januar 19,00 B., per Februar 19,12 B., per März 19,12 B. Ruhig.

Schmalz per Januar 69,75.

Paris, 19. Januar. (Schluß.) Rohzucker stramm, 88 Proz. loko 27,00 bis 28,00. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 28,37, per Februar 28,62, per März-Juni 29,12, per Mai-August 29,62.

Paris, 19. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Januar 21,70, per Februar 21,65, per März-April 21,65, per März-Juni 21,70. Roggen ruhig, per Januar 14,35, per März-Juni 14,60. Mehl beh., per Januar 45,10, per Februar 45,55, per März-April 45,55, per März-Juni 45,60. Rüböl ruhig, per Januar 49,00, per Februar 49,00, per März-April 49,25, per Mai-August 49,75. Spiritus beh., per Januar 45,00, per Februar 44,75, per März-April 44,75, per Mai-August 44,75. — Wetter: Bewölkt.

London, 19. Januar. Kupfer Chilibars good ordinary brands 64 Lstr. 15 Sh. — d. Zinn (Straits) 101 Lstr. 2 Sh. 6 d. Zink 24 Lstr. 17 Sh. 6 d. Blei 13 Lstr. 12 Sh. 6 d. Roheisen Mixed numbres warrants 53 Sh. 1 d.

London, 19. Januar. Angeboten an der Küste 1 Weizenladung.

London, 19. Januar. Chili-Kupfer $64\frac{9}{16}$, per drei Monate 64,87.

London, 19. Januar. 96% Javazucker loko 11,12 ruhig, Rüben-Rohzucker loko 9 Sh. 1 d. Käufer, 9 Sh. 2½ d. Verkäufer ruhig.

Glasgow, 19. Januar. (Schluß.) Roheisen. Mixed numbers warrants 53 Sh. — d. Warrants Middlesborough III. 47 Sh. 6 d.

Newyork, 19. Januar, Abends 6 Uhr.

	19.	18.
Baumwolle in Newyork	6,12	6,12
do. Lieferung per Februar	—,—	5,77
do. Lieferung per April	—,—	5,82
do. in Neworleans	$5\frac{7}{16}$	5,37
Petroleum, raff. (in Cases)	8,15	8,15
Standard white in Newyork	7,40	7,40
do. in Philadelphia	7,35	7,35
Credit Calances at Oil City	116,00	116,00
Schmalz Western steam	5,82½	5,77½
do. Rohe und Brothers	6,00	5,95
Zucker Fair refining Moscovados	3,75	$3\frac{13}{16}$
Weizen willig.		
Rother Winterweizen loko	80,50	80,[illegible]2
per Januar	—,—	—,—
per März	78,12	78,25
per Mai	75,00	75,12
per Juli	—,—	—,—
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,62	6,62
per Februar	5,40	5,45
per April	5,60	5,65
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,85	2,85
Mais kaum stetig,		
per Januar	—,—	—,—
per März	—,—	—,—
per Mai	41,75	41,75
Kupfer	15,00	14,75
Zinn	22,50	22,25
Getreidefracht nach Liverpool	3,00	3,00

Chicago, 19. Januar.

	19.	18.
Weizen willig, per Januar	—,—	—,—
per Mai	70,50	70,87
Mais kaum stetig, per Januar	34,75	34,62
Pork per Januar	9,87½	9,87½
Speck short clear	5,12½	5,00

Woll-Berichte.

London, 19. Januar. (Wollauktion.) Lebhafte Betheiligung, Tendenz fest, Preise unverändert.

Bradford, 19. Januar. Wolle fester, Preise stetig, die Konsumenten sind kauflustiger, feine Kreuzzuchten haben ¼ d. Aufbesserung erlangt, feine englische anziehend, Alpakka 1 d. höher, Garne anziehend.

Wasserstand.

* **Stettin,** 20. Januar. Im Revier 5,72 Meter = 18′ 3″.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 20. Januar. Der Oberpräsident von Achenbach giebt am 3. Februar zu Ehren des Provinzial-Landtags ein Diner, zu welchem, wie das „Kl. J." hört, der Kaiser sein Erscheinen in Aussicht gestellt hat.

Brünn, 20. Januar. Der Deutsche Fortschrittsverein ist in Prihosten behördlich aufgelöst worden.

Brüssel, 20. Januar. Das sozialistische Blatt „Peuple" veröffentlicht einen vielbemerkten Artikel, worin König Leopold verständigt wird, daß die Sozialisten entschlossen sind, im Falle, daß König Leopold durch ein Gesetz oder den persönlichen Einfluß beim Ministerium bei den kommenden Wahlen sie benachtheiligen wird, eine Revision der Verfassung, betreffend die Regelung der belgischen Dynastiefrage, aufzuwerfen.

Havre, 20. Januar. Mehrere Generale sind hier eingetroffen, um die Vertheidigungswerke des Hafens in Augenschein zu nehmen und um die nöthigen Arbeiten zu bestimmen, damit der Hafen vor einem etwaigen Angriffe des Feindes geschützt ist.

London, 20. Januar. In Washington wird die Situation auf Samoa als sehr ernst betrachtet. Wie aus Wellington verlautet, erhielten drei Kriegsschiffe von der australischen Station Ordre, nach Samoa zu gehen. Auch sei ein amerikanisches Schiff von Honolulu ebenfalls nach Apia beordert worden.

London, 20. Januar. Ein hiesiges Blatt versichert aus zuverlässiger Quelle zu wissen, daß die Königin Viktoria für den Monat Mai einen Königskongreß veranstalten werde, zu welchem alle regierenden Fürsten sowie Felix Faure und Mac Kinley eingeladen werden sollen, um über die Abrüstungsfrage, welche für die Königin Viktoria eine höchst wichtige Frage geworden, zu berathen. Bis jetzt erwartet man nur noch die Antwort Mac Kinley's.

Washington, 20. Januar. Es ist unrichtig, daß die englischen Blätter behaupten, der deutsche Gesandte sei bei der amerikanischen Regierung wegen der Erklärung des Senators Berry im Senate vorstellig geworden.